

### Trump empört mit Aussage zu Rivalinnen

**WASHINGTON** US-Präsident Donald Trump hat Politikerinnen der Demokraten zur Rückkehr in die Herkunftsländer ihrer Familien aufgefordert und damit einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Demokratische Präsidentschaftsbewerber wie Joe Biden und Elizabeth Warren warfen ihm Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vor. Namen nannte Trump nicht. Doch seine Äußerungen zielten unschwer erkennbar auf Politikerinnen wie etwa Alexandria Ocasio-Cortez ab.



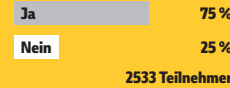
Die Demokraten warfen dem US-Präsidenten Rassismus vor. AFP

### Teheran droht den Europäern

**TEHERAN** Der Iran droht bei seiner Uran-Produktion mit der Rückkehr zur Situation vor dem Wiener Atomabkommen von 2015. Sollten die Europäer ihre Zusagen nicht einhalten, werde der Iran weiter seine Verpflichtungen aus der Vereinbarung reduzieren, sagte der Sprecher der iranischen Atomenergiebehörde, Behrouz Kamalvandi, am Montag der Nachrichtenagentur IRNA zufolge. Dann werde man zur Lage von vor 2015 zurückkehren. Einzelheiten nannte Kamalvandi nicht.

### FRAGE DES TAGES

Soll das Alter der Strafmündigkeit von 14 auf 12 Jahre herabgesetzt werden?



**HEUTIGE FRAGE** Sollen Abgeordnete ihr Vermögen offenlegen?

**Abstimmung bis 19 Uhr auf [fragedestages.vol.at](http://fragedestages.vol.at)**

### USA: Einschränkung des Asylrechts

**WASHINGTON** Die USA wollen Asylanträge von Migranten an der Grenze zu Mexiko künftig ablehnen, die zuvor nicht in dem Nachbarland oder einem anderen Land auf ihrem Weg den Flüchtlingsstatus beantragt haben. Wie Justizminister Bill Barr erklärte, soll die Neuregelung ab heute, Dienstag, gelten. Sie solle „Wirtschaftsmigranten abhalten, die unser Asylsystem ausnutzen wollen“. Donald Trump verfolgt seit Beginn seiner Amtszeit eine harte Einwanderungspolitik.

# Stunde der Wahrheit für von der Leyen

Abstimmung im EU-Parlament über mögliche neue Kommissionschefin. Rücktritt als Ministerin angekündigt.

**STRASSBURG** Bis heute Abend muss Ursula von der Leyen zittern: Das Europaparlament stimmt dann über ihre Ernennung zur Präsidentin der Europäischen Kommission ab. Ungeachtet des Abstimmungsergebnisses kündigte die CDU-Politikerin bereits ihren Rücktritt als deutsche Verteidigungsministerin an. Am Mittwoch werde sie ihr Amt zur Verfügung stellen, erklärte von der Leyen. Mit neuen Zusagen an die Fraktionen versuchte sie noch einmal um Unterstützung zu werben. In einem Schreiben an die europäischen Sozialdemokraten und Liberalen kündigte sie am Montag unter anderem einen neuen Vorstoß zur Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen an. Er soll bis 2030 eine Senkung der Emissionen um 55 Prozent ermöglichen und damit weit über die bisherigen Pläne hinausgehen. Bisher hatte von der Leyen lediglich versprochen, sie wolle sich auf das Ziel zubewegen, die Treibhausgase um 50 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren.

### Stärkere Rolle für Parlament

Außerdem sicherte von der Leyen sich, für eine stärkere Rolle des Parlaments im EU-Gesetzgebungsprozess einzutreten. Ganz konkret erwähnte sie auch die langjährige Forderung der Abgeordneten nach



Mit neuen Zusagen an die Fraktionen warb die deutsche Ministerin um Unterstützung. REUTERS

eines Initiativrecht bei Gesetzesprojekten. Werde eine Resolution, die einen Gesetzesentwurf von der Kommission fordert, von der Mehrheit des Parlaments angenommen, verpflichte sie sich, darauf mit einem Rechtsakt zu antworten, so von der Leyen. Außerdem werde sie die Kommissare anweisen, bei jedem Schritt der Gesetzgebung

mit dem Parlament „Hand in Hand zusammenzuarbeiten“. Mit Blick auf sozialdemokratische Forderungen versprach die deutsche CDU-Politikerin, die rechtlichen Voraussetzungen für eine EU-weite Durchsetzung fairer Mindestlöhne schaffen zu wollen. Auf eine wesentliche Forderung der Liberalen-Fraktion Renew Europe (RE) ging

von der Leyen in ihrem Antwortbrief an Fraktionschef Dacian Cioloș jedoch nicht ein: Die Liberalen hatten einen verbindlichen Mechanismus zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit samt Strafen verlangt. Von der Leyen sprach lediglich dem EU-Parlament eine „größere Rolle“ im Rechtsstaatlichkeitsprozess zu und versprach eine schärfere Um-

### STICHWORT

#### WAHL DES KOMMISSIONSCHEFS

Geht es um den Präsidenten der EU-Kommission, haben die Parlamentarier das letzte Wort. „Der Europäische Rat schlägt dem Europäischen Parlament nach entsprechenden Konsultationen mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission vor; dabei berücksichtigt er das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament“, heißt es in Artikel 17 des EU-Vertrags. Der Rat ist das Gremium der EU-Staats- und Regierungschefs. Von der Leyen benötigt nun eine Mehrheit der aktuell 747 Parlamentarier, also 374 Stimmen. Gelingt das nicht, beginnt das Prozedere von Neuem.

setzung von Entscheidungen des EU-Gerichtshofs.

Nach ihrer Nominierung durch die Staats- und Regierungschefs muss sich von der Leyen heute der mit Spannung erwarteten Abstimmung der Europa-Abgeordneten in Straßburg stellen. Grüne und Linke haben Widerstand angekündigt, ebenso ein Teil der Sozialdemokraten, darunter die SPÖ-Delegation. Sie kritisieren, dass von der Leyen keine Spitzenkandidatin bei der Europawahl war. Eine echte Zusage zur Unterstützung hat von der Leyen bisher nur von der eigenen Parteienfamilie Europäische Volkspartei (EVP) mit 182 Sitzen.

## Gescheiterter Umsturzversuch in der Türkei jährt sich zum dritten Mal

Noch immer kommt es zu Razzien gegen mutmaßliche Gülen-Anhänger.

**ISTANBUL** Vor genau drei Jahren, in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli, kam es in der Türkei zu einem gescheiterten Putschversuch von Teilen des Militärs. Mehr als 200 Menschen starben. Allein auf der ersten Brücke des Bosphorus in Istanbul – sie heißt inzwischen „Brücke der Märtyrer des 15. Juli“ – kamen 32 Zivilisten und zwei Polizisten ums Leben. Außerdem wurden mindestens zwei Militärschüler getötet.

### Entlassungen und Verhaftungen

Präsident Recep Tayyip Erdogan bezeichnete den in den USA lebenden Prediger Fethullah Gülen als Drahtzieher. Der kurz nach dem Umsturzversuch verhängte und insgesamt sieben Mal verlängerte Ausnahmezustand endete erst im Juli 2018. Die türkische Regierung ging mit Entlassungen und Verhaftungen gegen angebliche Putschisten, aber auch Journalisten, Oppositionspolitiker und Menschenrechtler vor. Noch immer kommt es zu Razzien gegen mutmaßliche Gülen-Anhänger, zahlreiche Prozesse laufen. „Was wir immer noch vermissen,



Erdogan legt Blumen an einem Denkmal für die Opfer nieder. AP

sind klare Belege, wer hinter dem Putsch stand“, sagt der Vorarlberger Politikwissenschaftler Hüseyin Cicek von der Universität Wien. Er wolle zwar nicht infrage stellen, dass Gülen-Anhänger daran beteiligt waren. Doch bis heute wisse man nicht genau, was in dieser Nacht passiert sei, wer wie und was im Vorfeld geplant habe. Ob sich die Türkei durch den Putsch-

versuch grundlegend gewandelt habe, sei schwierig zu beantworten, meint der Experte. „Die autoritäre Wende von Erdogan und der AKP war schon davor sichtbar.“ Mit der Festnahme von Intellektuellen und Oppositionellen habe sich diese Entwicklung aber noch weiter verstärkt.

Cicek schildert, dass es Erdogan eine Zeit lang gelungen sei, die Ereignisse der Putschnacht mit neo-osmanischen Anklängen und anti-imperialistischen Slogans, auch im Kontext von Islamophobie, als einschneidendes Ereignis der jüngeren türkischen Geschichte zu verorten. „Mittlerweile sind aber auch die eigenen Wähler nicht mehr unbedingt überzeugt davon. Am deutlichsten hat man das bei der Istanbul-Wahl gesehen.“ Bei der Wiederholung der Bürgermeisterwahl im Juni hatte Ekrem Imamoglu, Kandidat der größten Oppositionspartei CHP, klar gegen den AKP-Kandidaten Binali Yildirim gewonnen. Bereits beim regulären Wahltermin im März hatte sich Imamoglu durchgesetzt. Die Hohe Wahlkommission annullierte die Abstimmung jedoch wegen angeblicher Regelwidrigkeiten und ließ die Wahl wiederholen. Sie gab damit einem Antrag von Erdogans AKP statt. **VN-RAM**

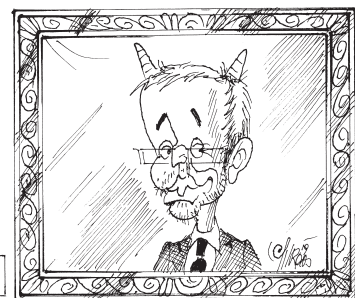
## Strafmaßnahmen gegen Türkei

**BRÜSSEL, NIKOSIA** In Reaktion auf die umstrittenen türkischen Erdgas-Erkundungen vor Zypern haben die Außenminister der EU-Staaten Strafmaßnahmen gegen die Türkei beschlossen. Konkret sollen u. a. EU-Gelder für die Türkei gekürzt und die Verhandlungen über ein Luftverkehrsabkommen eingestellt werden. Dies geht aus einem am Montag verabschiedeten Text

hervor. Bereits zuvor hatte Außenminister Alexander Schallenberg die Sanktionen angekündigt. Die Haltung der EU sei „nur logisch“. Die EU habe die Besetzung Nordzyperns durch die Türkei völkerrechtlich nie anerkannt. Daher stehe die EU auch hinter dem Wunsch Zyperns, selbst über seine Ressourcen zu bestimmen. Selbstverständlich seien weitere Sanktionen möglich.

### KARIKATUR

## Feindbild in der ÖVP-Galerie!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT